



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 30. Januar 2013

Aus Berlin

Bundesregierung will Boni in Chefarztverträgen reglementieren

Die Bundesregierung hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) verpflichtet, Empfehlungen zu fallzahlorientierten Bonuszahlungen für Chefarzte zu erstellen. Das hat die Regierungskoalition mit zwei Änderungsanträgen zum Krebsregistergesetz erwirkt. Die Politik zieht damit Konsequenzen aus den vergangenen Organspendeskandalen, die die Öffentlichkeit zum Teil auf Extravergütungen für Transplantationsmediziner zurückgeführt hatte. Bis zum 30. April müssen sich DKG und Bundesärztekammer (BÄK) über ein entsprechendes Papier verständigen. Mit dem Gesetz werde der Ökonomisierung der Medizin entgegengewirkt, begrüßte die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der BÄK, Annette Güntert, die Maßnahme. Die DKG lehnte die geplanten Neuregelungen hingegen ab. ([Heute im Bundestag, 28. Januar](#); [Deutsches Ärzteblatt, 28. Januar](#))

Zöller hält an Härtefallfonds fest

Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller (CSU), plant weiterhin, einen Fonds für Opfer von Behandlungsfehlern einzurichten. Nachdem sein Vorhaben nicht im Patientenrechtegesetz verankert wurde, kann sich Zöller eine Stiftungslösung vorstellen. „In der Stiftung müssten Richter, Strafrechtler, Kassen-, Ärzte- und Patientenvertreter sitzen, die die Entschädigung regeln. Damit könnten wir wirklich die Härtefälle abdecken“, sagte er. ([Deutsches Ärzteblatt, 25. Januar](#))

SPD gegen Präventionsgesetz

Die SPD hat angekündigt, die Einführung des geplanten Präventionsgesetzes zu verhindern. Das Vorhaben von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP), die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit Beitragsgeldern der Krankenkassen zu finanzieren, sei völlig inakzeptabel, sagte SPD-Fraktionsvize Elke Ferner. Rückendeckung bekommt sie vom Verband der Ersatzkassen. In einer Stellungnahme erklärte er, Bahr zwingt die Krankenkassen, mehr Beitragsgelder für Prävention einzusetzen, obwohl es dafür keine sinnvollen Einsatzmöglichkeiten gebe. (Handelsblatt, 30. Januar)

Aus KBV und KVen

Nationale Arzneimittelreserve: KBV und KVen empfehlen Vorratshaltung für Medikamente

Die Vorstände der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) haben gefordert, eine nationale Arzneimittelreserve aufzubauen. Anlass sind wiederholte Engpässe bei Grippeimpfstoffen und Medikamenten für besonders schwere Erkrankungen wie Krebs. „Die KBV unterstützt das Vorhaben der KV-Vorstände und wird es in die politischen Gespräche mit einbringen“, kündigte der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, an. Man müsse jetzt die Details einer solchen

Reserve ausarbeiten. Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) begrüßte grundsätzlich die Idee einer nationalen Bevorratung mit lebenswichtigen Arzneimitteln. Er wirft aber zahlreiche Fragen auf und schlägt zunächst Gespräche der beteiligten Akteure vor, um Lösungsansätze für Lieferprobleme zu diskutieren. ([Pressemitteilung der KBV, 28. Januar](#); [Pressemitteilung des BPI, 29. Januar](#))

Startschuss für Zukunftsmodell zur Arzneimittelversorgung ist gefallen

In Sachsen und Thüringen haben sich die Kassenärztlichen Vereinigungen, die Landesapothekerverbände und die AOK Plus über den Test des sogenannten [KBV-ABDA-Modells](#) verständigt und ein Eckpunktepapier unterschrieben. Das Konzept hat die KBV gemeinsam mit der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) entwickelt. „Ich freue mich, dass dieses zukunftsweisende Modellvorhaben nun in der Praxis erprobt werden kann. Wir erhoffen uns dadurch Vorteile für Patienten und Ärzte. Für die Patienten wird die Arzneimitteltherapiesicherheit erhöht, und für die Ärzte sinkt das Regressrisiko“, sagte Dipl.-Med. Regina Feldmann, Vorstand der KBV. ([Pressemitteilung der KBV, 25. Januar](#))

Regionale Honorarverhandlungen in Bayern sind beendet

In Bayern hat das Landesschiedsamt die Honorarverhandlungen zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) und den Krankenkassen beendet: Bayerns Ärzte und Psychotherapeuten erhalten 175 Millionen Euro (3,5 Prozent) mehr als im Vorjahr. Die KV Bayerns übte Kritik. Auf Bundesebene sei die Morbiditätsrate zu gering bemessen worden. Das habe dafür gesorgt, dass die Krankenkassen nicht zu „echten Verhandlungen“ bereit gewesen seien. Darüber hinaus habe das Schiedsamt die regionalen Besonderheiten bei seiner Entscheidung nicht ausreichend berücksichtigt. „Die Chancen, die der Gesetzgeber mit den jüngsten Regelungen für die Regionen vorgesehen hatte, wurden in Bayern durch den Schiedsspruch leider nur bedingt genutzt“, sagte der Vorstand der KV. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 30. Januar](#))

Neuer Vorstand der KV Hessen: Dastych und Haas gewinnen Wahl

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Hessen hat einen neuen Vorstand gewählt: Frank Dastych, Hals-Nasen-Ohren-Arzt aus Bad Arolsen, ist neuer Vorstandsvorsitzender. Sein Stellvertreter ist Dr. Günter Haas, Hausarzt aus Lautertal. Zuvor waren Dastych und Haas Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der hessischen Vertreterversammlung. ([Pressemitteilung der KV Hessen, 24. Januar](#))

Aus den Verbänden

Hartmannbund lehnt Bürgerversicherung ab

Der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, hat sich gegen eine von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geforderte Bürgerversicherung ausgesprochen. Sie löse keine Probleme und stelle das freiheitliche Gesundheitswesen in Deutschland infrage. „Wer eine Einheitsversicherung will, der stellt auch die Weichen für eine Einheitsversorgung auf niedrigem Niveau“, erklärte er. ([Pressemitteilung des Hartmannbundes, 25. Januar](#))

Barmer GEK erwägt Zusatzbeitrag ab 2015

Die größte deutsche Krankenkasse, Barmer GEK, hat für 2015 in Betracht gezogen, einen Zusatzbeitrag von den Versicherten zu erheben. Grund dafür sei unter anderem die steigende Anzahl von Operationen, erklärte ihr Chef, Heiner Beckermann. ([Deutsches Ärzteblatt, 28. Januar](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 1,8

1,8 Prozent mehr Arbeitnehmer zählte das deutsche Gesundheitswesen 2011 im Vergleich zum Vorjahr. Das entspricht 87.000 Arbeitsplätzen, wie das [Statistische Bundesamt](#) mitteilte. Damit stieg die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen auf rund 4,9 Millionen.

Aus der Presse

Nationale Arzneimittelreserve gefordert

Die KBV hat eine nationale Arzneimittelreserve vorgeschlagen, um Lieferengpässe bei Medikamenten zu vermeiden. Das berichtet die Bild-Zeitung. Die KBV werde sich dafür auf politischer Ebene einsetzen, um die Engpässe, die besonders bei Arzneimitteln für schwere Erkrankungen auftreten, zukünftig zu vermeiden. ([Bild.de, 26. Januar](#))

Aus dem Terminkalender

- | | |
|------------|---|
| 31.01.2013 | Vertreterversammlung der KV Hamburg
Hamburg, 20 Uhr |
| 04.02.2013 | Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa
Berlin, 18.15 - 19.45 Uhr |
| 06.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg
Stuttgart, 14 Uhr |
| 06.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Saarland
Saarbrücken, 16 Uhr |
| 11.02.2013 | Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa
Berlin, 18.15 - 19.45 Uhr |
| 13.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Nordrhein
Düsseldorf, 15 Uhr |
| 13.02.2013 | Abgeordnetenversammlung der KV Schleswig-Holstein
Bad Segeberg, 15.30 Uhr |
| 14.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr |
| 16.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Niedersachsen
Hannover, 9.30 Uhr |
| 16.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe
Dortmund, 10 Uhr |
| 23.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Hessen
Frankfurt, 10 Uhr |
| 27.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz |

Mainz, 15.30 Uhr

27.02.2013 Vertreterversammlung der KV Thüringen
Weimar, 14 Uhr

15.03.2012- 9. Mitteldeutsche Fortbildungstage
16.03.2012 Halle/Saale, 9 Uhr

16.04.2013 - KBV Messe Versorgungsinnovation 2013
17.04.2013 Berlin

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 4005-2202

Fax: 030 4005-2290

E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>